

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, den 25. Oktober 1919, Nr. 410.

Aus dem Stadtrate.

In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Bonbeck ein Referat, wonach während der Kriegszeit in städtischen Gaswerke Arbeiter aushilfswiese zur Verwendung kamen, die jetzt verlangen, in den Dienst der Gemeinde Wien aufgenommen zu werden. Diesen Arbeitern fehlt jedoch der Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft, weil sie in Orten beheimatet sind, die nach dem Umsturze anderen Staaten zugefallen sind. Der Referent beantragte in Hinblick darauf, dass diese Arbeiter durchwegs deutscher Nationalität sind, dieselben ohne Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft in den Dienst der Gemeinde Wien aufzunehmen. Der Antrag wurde angenommen.

StR. Siegl berichtete über die Ausführung des Bauleses 4 des zweiten Sammelkanals im 21. Bezirk. Die Arbeiten kosten 1 1/2 Millionen Kronen. Diese werden genehmigt, die Ausführung jedoch einem späteren Zeitpunkt, bis die notwendigen Zemente vorhanden sein werden, vorbehalten.

StR. Weigl legte ein Referat vor, demzufolge alle Freikarten und Fahrpreisermäßigungen auf den Linien der Kraftstellwagen eingestellt werden sollen. Darnach würden auch in Zukunft Gemeindefunktionäre nicht mehr das Recht haben auf Grund ihrer Fahrtlegitimationen unentgeltlich diese Linien befahren zu können. Der Referentenantrag wurde ohne Debatte einhellig angenommen.

Die Fiktion des Referats im Stadtrat.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Winter über das Ansuchen des Salvatorianer-Elosters um Verbilligung der Beerdigungskosten im ungefähren Betrage von 2.300 K für zwei Katecheten. Die Angelegenheit habe den Stadtrat schon einmal beschäftigt. In Gegensatz zum Magistratsantrage sei der Antrag auf Bewilligung der Kosten angenommen worden. Diesen Beschluss habe der Bürgermeister sistiert, weshalb der Stadtrat heute neuerdings darüber beraten müsse. Er (der Referent) mache sich den Magistratsantrag zu eigen und beantrage die Ablehnung des Ansehens. Die StRe. Haider, Körber und Frau Dr. Seitz traten für die Gewährung des Ansehens ein, indem sie darauf hinwiesen, dass das Kloster sehr arm sei und die beiden Katecheten sich die todbringende Krankheit in öffentlichen Dienst zugezogen hätten.

StR. Dr. Kienböck erklärte, es liege hier wieder einmal der Fall vor, dass der Referent gewechselt wurde, ohne dass man dem ersten Referenten hiervon Mitteilung machte. Das sei nicht die Art und Weise wie man in einer Körperschaft zusammen arbeite. Er bitte, dass man in solchen Fällen immer den ursprünglichen Referenten von dem Wechsel des Referates in Kenntnis setze.

StR. Täubler betonte, dass der Wechsel des Referenten in diesem Falle ganz begrifflich erscheine. Nachdem der erste Referent StR. Haider, einen anderen Antrag gestellt habe als seinerzeit von Magistrat vorgeschlagen wurde, so habe dieser Referent damit bekundet, dass er den Magistratsantrag nicht vertreten wolle. Infolgedessen sei es nur ganz in der Ordnung gewesen, wenn man das Referat einem anderen Stadtrate zugestellt hätte.

Ueber eine weitere Bemerkung des Redners, dass es zweckmäßig erscheinen würde, wenn sich die Minorität bezüglich der von ihr gestellten Referentenanträge immer früher mit der Majorität ins Einvernehmen setzen würde, kam es zu einer längeren Aussprache zwischen den beiden Parteilagern. VB. Hoss.

die StRe. Haider, Josef Müller, Körber, Vaugoin und Dr. Kienböck nahmen gegen dieses Ansuchen Stellung, weil sie darin quasi eine Kontrolle und Bevormundung der Minorität erblickten. StR. Dr. Grün erklärte, dass der Majorität selbstverständlichweise eine Bevormundung der Minorität ganz ferneliege. Es sei ausser Frage, dass jedem einzelnen Referenten die Freiheit seiner Entschlussfassung gewahrt werden müsse. In selbem Sinne sprach der Referent Dr. Winter in seinen Schlussworte, worauf der Referentenantrag, der die Ablehnung des Ansehens beinhaltet, angenommen wurde.

Reise der Studienkommission nach Berlin und München. Nächsten Mittwoch begibt sich eine zehngliedrige Kommission von Angestellten der Gemeinde zum Studium der Verwaltung und der sonstigen städtischen Einrichtungen nach Berlin und München. Der Kommission gehören Vertreter aller Aemter und des Verwaltungsbetriebes der Gemeinde an. Sie wird den Verwaltungsapparat der genannten Städte unter fachgemässer Führung studieren, um die dort gewonnenen Erfahrungen, die für eine Vereinfachung und Verbilligung der Geschäftsführung der Gemeinde verwendet werden sollen, bei der Ausarbeitung der Verwaltungsreform der Gemeinde Wien entsprechend zu verwerten. Die Reise ist für drei Wochen in Aussicht genommen und haben Berlin und München für die Arbeiten und Studien der Kommission das grösste Entgegenkommen in Aussicht gestellt. Führer der Kommission ist Magistratsrat Dr. Schlesinger. Weiter werden an der Reise teilnehmen: Bauherinspektor Ing. Jasch und technischer Verwalter Ruml für das Stadtbauamt, Dr. Faber für das Konzept, der Direktor der Stadtbuchhaltung Oheral, Hauptkassen-Oberkontrollor Beron, Steueramts-Oberkontrollor Scheckenbacher, Konzeptionsamtskontrollor Knauer, Marktants-Direktor Winkler und Stadtphysikus Dr. Freund.

Der Einkauf auf den Gemüsesammelplätzen. Infolge Auflassung der Stelle 6 des Bezirkswirtschaftsantes ist die Ausgabe und Evidenzführung der amtlichen Einkaufscheine, die zum Entlohnung von den Gemüsesammelplätzen im 3., 11., 12., 19. und 21. Bezirk berechtigen, an die Marktantsdirektion übergegangen. Die bisher ausgegebenen Einkaufscheine behalten auch weiterhin bis auf Widerruf ihre Gültigkeit.

Für die Wiener Kinderspitäler. VB. Winter berichtete im Stadtrate über die den Wiener Kinderspitälern zu gewährende materielle Hilfe und beantragte dem St. Annen und dem St. Josef-Kinderspital je 40.000 K und dem Kronprinz-Rudolfkinderspital 50.000 K auf die auf die Gemeindegelände noch aushaftenden Restbeiträge flüssig zu machen und hiervon den Staatsamt für soziale Verwaltung mit dem dringenden Ersuchen Mitteilung zu machen, dass nun auch der Staat die aushaftenden Restbeiträge flüssig machen möge. Der Antrag wurde angenommen.

Die Frage der tschechischen Schulen. In der heutigen Stadtratsitzung wurde über Antrag des Bgm. Raumann folgender Beschluss einstimmig gefasst: In Angelegenheit der Ausführung des Friedensvertrages hinsichtlich der tschechischen Schulen in Wien wird der Bestellung einer Zentralkommission zur Behandlung dieser Sache und der Aufstellung von bezirkswisen Erhebungskommissionen, die aus Vertretern der Schulbehörden, der deutschen Parteien und der Tschechen zusammengesetzt werden, zugestimmt.

Stellungnahme des Stadtrates zum Hausgehilfengesetz. In der heutigen Stadtratsitzung brachte StR. Dr. Winter einen Bericht des Arbeiterführersgeamtes über das gegenwärtig in der Nationalversammlung in Beratung befindliche Hausgehilfengesetz zur Kenntnis, in demes heisst: Die Stadt Wien ist an der Erlassung eines derartigen Gesetzes besonders interessiert, da mit allen Nachdruck darauf hingearbeitet werden muss, dass die arbeitslosen Frauen und Mädchen, die in der Industrie und im Gewerbe keine Verwendung finden können, in hauswirtschaftliche Berufe übergeleitet werden. Es ist deshalb angefragt, dass die Gemeinde für eine dringliche Erledigung der Angelegenheit in der Nationalversammlung eintritt. Mit Rücksicht darauf, dass bei den verschiedenen Verhältnissen in Stadt und Land gewisse Teilfragen nicht einheitlich für das ganze Staatsgebiet geregelt werden können, würde es sich empfehlen, die einzelnen Gemeinden zu ermächtigen, Durchführungsbestimmungen zu erlassen, in denen gewisse Sonderfragen geregelt werden. Zu die gehören u.a. die Erlassung von Bestimmungen über die Beschaffenheit der Unterkunftsräume, die Regelung des Urlaubes, die Einführung einer Haushaltungsinspektion u.s.m. Im engsten Zusammenhange damit steht auch die Frage der Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung, später auch der Altersversicherung auf die Hausgehilfen, ferner die Einschränkung der auf Gewinn berechneten gewerbemässigen Stellenvermittlungen, die besonders in den letzten Jahren in Wien im Gegensatz zum Deutschen Reiche eine besondere Steigerung erfahren haben. Der Berichterstatter betonte in den von ihm gestellten Anträgen, dass die Gewerbeordnung so abzuändern sei, dass überall dort, wo öffentliche Arbeitsnachweise bestehen, neuen Dienstvermittlungskonzessionen und Konzessionsübertragungen nicht bewilligt werden dürfen und dass das Arbeiterführersgeamt beauftragt werde, wegen Errichtung eines städtischen Heimes für Hausgehilfinnen und einer damit verbundenen Haushaltungsschule zu berichten. Nachdem zu diesem Gesetzsstande die StRe. Bieber und Dr. Alza Seite gesprochen hatten, wurden die Anträge des Referenten genehmigt.